

24. November 2020

Beschluss der Fraktion DIE LINKE. Berlin

Reaktion auf die hohen Inzidenzzahlen von Schüler*innen

Die 7-Tage-Inzidenzen sind seit über drei Wochen bei den 10-19-jährigen sehr hoch, Tendenz steigend. Das betrifft also besonders die Schüler*innen der Mittel- und Oberstufe (Jahrgang 5 - 13) beziehungsweise der Oberstufenzentren. Auch die Infektionszahlen in der Grundstufe sind steigend.

Deshalb muss jetzt über die bisher ergriffenen Maßnahmen hinaus als erstes in der Sekundarstufe I und Sekundarstufe II in den Schulen gehandelt werden. Schüler*innen und Beschäftigte müssen deutlich mehr geschützt werden.

Im Ergebnis des Erlebens des ersten Lockdowns hat die Linksfraktion dazu am 30. April 2020 den Beschluss „Anforderungen an ein Konzept für Schule und Kita in Zeiten von Corona“ gefasst.

Dort haben wir als Prämisse festgehalten:

„Die Fraktion DIE LINKE Berlin versteht Schule und Kita als sozialen Raum, in dem es um Bildung und Erziehung als Voraussetzung für die Teilhabe in der Gesellschaft geht. Dieses Verständnis prägt unsere Herangehensweise an ein Konzept für Schule und Kita in der aktuellen Corona-Krise. Das bedeutet für uns:

- aus der Logik der Abschlussorientierung bei der Schule ausubrechen,
- mit kreativen Lösungen dem Bildungs- und Erziehungsauftrag von Schule und Kita nachzukommen,
- gleichzeitig einen sozialen Raum zu schaffen, der Kindern und Jugendlichen den Kontakt untereinander und mit ihren Lehrer*innen, Erzieher*innen und Schulsozialarbeiter*innen ermöglicht.“

Diese „kreativen Lösungen“ sind jetzt gefragt. Die Linksfraktion schlägt deshalb vor:

1. Schulen müssen in der Umsetzung von Bildung und Betreuung in der Zeit der Corona-Krise weitgehend autonome Entscheidungen treffen können, die an die Bedingungen vor Ort, also das aktuelle Infektionsgeschehen, das vorhandene Personal, die zur Verfügung stehenden Räume und die technischen Möglichkeiten angepasst sind.
2. Dabei muss eine zeitlich befristete Umsetzung des von jeder Schulleitung bereits vorbereiteten Alternativszenarios mit Halbierung der Lerngruppen und fester Zuordnung der Pädagog*innen zu den Lerngruppen unter Vermeidung

der Gruppenmischung erfolgen. Die Varianten A/B-Tage und - Wochen sind zu ermöglichen.

3. Durch den Senat ist Rechtssicherheit zu schaffen, in den Schulen zu ermöglichen, dass nach coronabedingten Ausfällen und Einschränkungen auf Klassenarbeiten und Klausuren verzichtet werden kann und die Zeugnisbewertung zum Halbjahres- beziehungsweise Semesterende auf Basis der sonstigen Bewertung erfolgen kann.
4. Bei dauerhaftem Tragen von Mund-Nasen-Schutz für Schüler*innen und Beschäftigte in den Schulen sind im wahrsten Sinne Atempausen zu schaffen.
5. Der Senat hat umgehend Sicherheit für Schulen in der Frage der einzusetzenden Software für den Nicht-Präsenzunterricht herzustellen und den Schulkollegien hier beizustehen. Dazu sind Hinweise der Datenschutzbeauftragten des Landes Berlin zu nutzen.
6. Es soll die Sicherstellung von Möglichkeiten der Betätigung im Freien, unter anderem durch die Nutzung von Sportflächen und Spielplätzen auch für Grundschulen sowie die Einrichtung temporärer Spielstraßen oder ähnliche Angebote im öffentlichen Raum erfolgen.
7. Für Projekte sollte Künstler*innen und freien Trägern, Sportvereinen, Theatern, Museen, Galerien und Gedenkorten die Möglichkeit geboten werden, in und außerhalb von Schulen mit Kindern und Jugendlichen zu arbeiten, außerschulische Lernorte zu erhalten sowie Erlebnisse zu schaffen und so auch eine emotionale Krisenbewältigung zu ermöglichen. Unter anderem aus ihrer Mitte sollte auch verstärkt unterstützendes Personal gewonnen werden.
8. Für Lehramtsstudierende im Master soll die Möglichkeit geschaffen werden, die Schulen personell zu unterstützen und die dort geleistete Arbeit auf das Praxissemester angerechnet zu bekommen.